



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Francis Fukuyama: Der Liberalismus und seine Feinde.

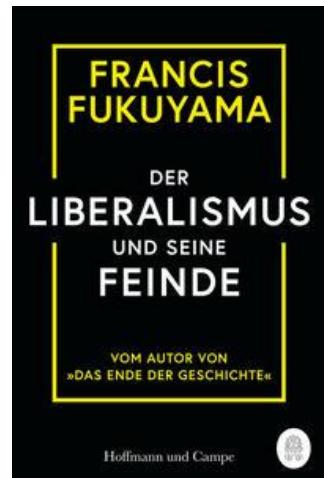
Aus dem Amerikanischen übersetzt von Karlheinz Dürr. Hamburg: Hoffmann und Campe, 2022, 336 S., ISBN 978-3-455-01493-8

Liberalismus und liberale Politik stehen in der heutigen Welt von verschiedenen Seiten unter Druck – sowohl innerhalb vieler westlicher Gesellschaften als auch durch Staaten, die illiberale Modelle verfolgen. Diese – inzwischen weit verbreitete und breit diskutierte – Feststellung ist für Francis Fukuyama der Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Sie sollen einerseits den Liberalismus verteidigen, andererseits die Defizite und „Übertreibungen“ des Liberalismus diskutieren und in Vorschläge zu ihrer Behebung münden. Das Ergebnis ist nur teilweise überzeugend. Trotz vieler wichtiger Gedanken und interessanter Thesen, die das Buch lesenswert machen, gelingt dieses Vorhaben nur zum Teil.

Ein Grund dafür ist der in Kapitel 1 zugrunde gelegte, wenig trennscharfe Liberalismusbegriff (nach John Grays Buch „Liberalism“). Er betont das Individualistische und Universalistische aller subsummierten politischen Theorien, verzichtet jedoch auf eine wichtige Komponente – auf einen klaren Freiheitsbegriff. Nicht unproblematisch ist zudem die Methode, nach der sich Fukuyama mit verschiedenen Aspekten des Liberalismus und der Liberalismuskritik auseinandersetzt – insbesondere in der ersten Hälfte des Buches. Er gibt zunächst den aus seiner Sicht richtigen Kern liberalen Denkens bei einer bestimmten Denkschule oder auf einem bestimmten Politikfeld an. Seine Gedanken zur Geschichte des liberalen Denkens decken ein breites Spektrum gut ab. Anschließend kritisiert er, dass die jeweiligen Liberalen zu weit gegangen und ihre Politik und ihr Denken zu einseitig seien. Die Kapitel 2-5 argumentieren nach diesem Muster.

So setzt er sich z.B. ausführlich mit einem Phänomen auseinander, das er als Neoliberalismus bezeichnet. Er geht dabei nicht etwa von der Bedeutung des Begriffes aus, den ihm seine Schöpfer verliehen haben, sondern von dem Zerrbild, das Kritiker der Marktwirtschaft wirksam verbreiten. Fukuyama erkennt den grundsätzlichen Nutzen der Marktwirtschaft an, beschreibt aber Übertreibungen und Gefahren, die auch von ihr ausgehen können. Dabei wiederholt er unkritisch bestimmte Narrative, wenn er z.B. als Ursache der Finanzkrise von 2008/9 allein fehlende Regulierung und das Wirken ungezügelter Marktkräfte ausmacht. Die Rolle, die staatlich gewollte und durchgesetzte Kreditvergaben und die Zinspolitik gespielt haben, ignoriert er. Neoliberale Konzepte denunziert er als „eine Art Religion, in der jede staatliche Intervention aus Prinzip abgelehnt wurde“ (S. 39).

Das geht in zweierlei Hinsicht an den tatsächlichen Zusammenhängen vorbei: Die Theoretiker des Neoliberalismus waren nicht gegen staatliche Regulierungen – sie beschäftigten sich sehr intensiv damit, wie diese Regulierung aussehen sollte. In der politischen Realität waren es nicht zuerst besonders regulierungsfeindliche Ideologen, die zu den beschriebenen Krisenerscheinungen beigetragen haben,



sondern staatliche Bürokraten, die nicht zielführende, das System destabilisierende Regeln einführten. Die Frage nach richtiger, mit individueller Freiheit und gesellschaftlicher Stabilität vereinbarer Staatstätigkeit verschwindet bei Fukuayma hinter einem Feindbild, auf das er immer wieder einschlägt – auf diejenigen Liberalen, die in seiner Darstellung den Staat ganz abschaffen wollen. Ähnlich verlaufen seine Argumentationen in den folgenden Kapiteln, in denen er von einer Überbetonung persönlicher Autonomie und der Geringschätzung des sozialen Zusammenhalts durch bestimmte Liberale spricht. Wiederum lässt sich die Frage stellen, ob für die tatsächlichen Probleme vorrangig ein übertriebener und einseitiger Liberalismus verantwortlich sei, oder mindestens auch politische, staatliche Entscheidungen für Umverteilungs- und Interventionsmechanismen.

Fukuyama geht von realen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Problemen aus. Unzufriedenheit mit und Misstrauen gegenüber den Institutionen und den Grundwerten liberaler Demokratien ist weit verbreitet und politisch instrumentalisierbar. Doch die These, dass der Grund dafür die Übertreibung liberaler Ansätze sei, ist zumindest sehr unvollständig. Das gilt auch dann, wenn der Autor über die Übertreibungen in Bezug auf die individuelle Autonomie spricht oder sich Ansätzen wie Rawls' „Theorie der Gerechtigkeit“ widmet.

Seine Überlegungen in den Kapiteln 5-9, die sich verschiedenen weiteren Bedrohungen für eine liberaldemokratische Ordnung widmen, sind stärker in genuin liberalem Denken verankert. Der Autor argumentiert universalistisch und auf die Individuen bezogen, wenn es um Redefreiheit, den Schutz der Privatsphäre oder nationale und andere Identitäten geht. Interessanterweise stellt er sich hier den Argumenten derjenigen, die den Liberalismus attackieren, auf einer deutlich stärkeren normativen Basis entgegen. Auch was die politischen Schlussfolgerungen angeht, wird es hier konkreter.

Aufschlussreich ist, dass in einem mit großem geistesgeschichtlichen und theoretischen Anspruch dorthinweisenden Werk, das tatsächlich viele liberale Theoretiker zitiert, die Erkenntnisse der Verfassungsökonomik und der Public Choice-Theorie praktisch keine Rolle spielen. Fukuyama betont immer wieder die Bedeutung eines leistungsfähigen Staates, ohne auszuführen, worin genau denn diese Leistungen bestehen sollen und wie staatliche Institutionen strukturiert sein sollten. Die Formulierung „Es führt kein Weg an der Notwendigkeit eines leistungsfähigen Staates vorbei – das heißt, der Staat muss genügend menschliche und materielle Ressourcen zur Verfügung haben, um die notwendigen Dienstleistungen für seine Bevölkerung bereitzustellen zu können.“ (S. 182) setzt einfach voraus, dass ein Staat, der über größere Ressourcen verfügt, automatisch bessere und zielgenauere Dienstleistungen bereitstellt und politische Probleme besser löst. Das widerspricht wesentlichen Erkenntnissen der modernen Ökonomie und Sozialwissenschaften, abgesehen davon, dass die modernen westlichen Staaten über gigantische Ressourcen verfügen.

Schließlich und folgerichtig sind die Vorschläge zu den „Prinzipien einer liberalen Gesellschaft“, die im abschließenden Kapitel gemacht werden, in vielfacher Hinsicht sinnvoll, aber doch manchmal beliebig. Positiv herauszuheben ist die klare Argumentation für das föderale Prinzip, um mit Unterschieden in Identitäten und Wertsystemen friedlich umgehen zu können. Letztlich bleibt der Eindruck, dass es dem Autor vor allem um eines geht: um Mäßigung und Besonnenheit.

Das Buch hält somit zu wenig von dem, was die auf dem Einband abgedruckten euphorischen Rezensionen aus dem englischen Sprachraum versprechen. Die Analyse verbleibt zu oft im Ungefähr und scheut pointierte Unterscheidungen. Der sehr weit und luftig gefasste Liberalismusbegriff führt dazu, dass viele Positionen und Stimmungen, die Unbehagen oder Kritik an politischen Institutionen ausdrücken, nicht analytisch seziert, sondern als wenigstens in abgeschwächter Form richtig unterstellt werden.

Fukuyama verteidigt nicht den Liberalismus, sondern die Stabilität und Zukunftsfähigkeit demokratischer Staaten und Gesellschaften, in denen auch liberale Grundsätze umgesetzt werden. Das ist nicht falsch und sicher auch notwendig, aber es ist eben etwas anderes als eine Verteidigung des Liberalismus. Dadurch, dass er die Argumente derer, die liberale und demokratische Ordnungen kritisieren, oft fast kritiklos übernimmt und höchstens abschwächt, wird sein Text an vielen Stellen zu beliebig. Gleichzeitig sind viele seiner Argumente wichtig und anregend, gerade aus liberaler Perspektive.

Die Übersetzung von Karlheinz Dürr ist präzise und hervorragend lesbar. Die Formulierungen sind hinsichtlich Struktur und Duktus der deutschen Sprache gut angepasst und vermeiden das „Denglisch“ im Satzbau, das Übersetzungen leider viel zu oft anhaftet. Problematisch und irreführend ist allerdings die Übertragung des Titels „Liberalism and its discontents“. Es bezieht sich nicht auf „Feinde“, sondern auf die Unzufriedenheit und das Unbehagen mit der liberalen Ordnung und die Argumente der Unzufriedenen. Fukuyama geht es im Wesentlichen um diese, und nicht vorrangig, schon gar nicht ausschließlich, um deren erklärte Feinde.

Berlin

Sascha Tamm



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

r | recensio.net